

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Kriegsopfer- und
Kriegsgefangenenfragen
(26. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der SPD

betr. Entschädigung an ehemalige Kriegsgefangene
und Zivilinternierte für in der Kriegsgefangen-
schaft geleistete Arbeit
- Nr. 3674 der Drucksachen -

und den Antrag der Abgeordneten Frau Hütter,
Dr. Schäfer und Fraktion der FDP

betr. Entschädigungsgesetz für Arbeitsleistungen ehe-
maliger Kriegsgefangener
- Nr. 3693 der Drucksachen -

und den Antrag der Fraktion der CDU/CSU

betr. Vorlage eines Zweiten Ergänzungsgesetzes zum
Heimkehrergesetz
- Nr. 3703 der Drucksachen -

Berichterstatter:
Frau Abgeordnete Dr. Probst

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welcher in Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Kriegsgefangenen, Zivilverschleppten und Zivilinternierten (soweit sie in ausländischem Gewahrsam waren) auf eine die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigende Entschädigung und die für die Eingliederung der genannten Gruppen notwendige Hilfe regelt.

Bonn, den 14. November 1952

Der Ausschuß für Kriegsopfer- und
Kriegsgefangenenfragen

Pohle
Vorsitzender

Frau Dr. Probst
Berichterstatter